



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Die Landtagswahlen in Württemberg.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

unnötig ist, zur Beschleunigung eines unausbleiblichen Naturprozesses noch besondere Anstrengungen zu machen. Es kann sich nur um solche Kunstzeugnisse handeln, denen die Kraft innewohnt, zu wirken und nachhaltigen Eindruck, sei es in gutem oder in schlechtem Sinne, hervorzubringen.



## Die Landtagswahlen in Württemberg.



Das Ergebnis der Wahlen zu unsrer Abgeordneten-kammer, welche am 20. Dezember stattgefunden haben, liegt, nachdem auch die erforderlichen Stichwahlen am 2. Januar erfolgt sind, mit Ausnahme einer notwendigen Neuwahl, bei welcher übrigens ein demokratischer Kandidat nicht in Betracht kommen wird, nunmehr vollständig vor und bekundet eine eklatante Niederlage der Demokraten. Von 70 Sitzen hat die konservativ-nationale Partei 44 errungen, 4 Sitze sind ihrem bisherigen Verhalten nach ohne Zweifel ebenfalls den Ordnungsparteien zuzuzählen, 21 Sitze sind den Demokraten zugefallen. Ist nun schon die Zahl der demokratischen Mitglieder eine geringe, so wird die Niederlage dieser Partei dadurch noch viel empfindlicher, daß von den sämtlichen Führern derselben auch nicht ein einziger gewählt worden ist, die Herren Karl Mayer, Payer, Retter, Sigmund Schott sind, ihrer vermeintlichen Unbesiegbarkeit zum Troste, in Bezirken durchgefallen, in welchen ihre Aussichten die denkbar günstigsten zu sein schienen; so hat der Hauptagitator Mayer in seiner Vaterstadt Eßlingen, für welche ein Landgericht zu erringen während der letzten Landtagsperiode er sich alle Mühe gegeben hatte, nur 1347 Stimmen erhalten, während auf den Fabrikanten v. Reßler 3426, auf den sozialdemokratischen Gemeinderat Rauffmann 620 Stimmen fielen. Die Bestürzung im Lager der Demokraten war denn auch anfänglich groß, wie sich aus den Artikeln des Zentralorgans der Volkspartei, des Stuttgarter Beobachters, ergibt, welches die schmerzliche Gewißheit dieser Partei, schwere Verluste erlitten zu haben, einräumt; und wenn nun auch nachträglich die demokratische Presse, der Beobachter an der Spitze, den Eindruck, welchen das Ergebnis der Wahlen im ganzen Lande hervorgebracht hat, dadurch abzuschwächen sucht, daß er das Resultat auf „amtliche Einschüchterung vor der Wahl, amtliche Beeinflussung am Wahltag, amtliche Ungesetzlichkeit während der Wahlhandlung“ zurückführen will, so sind doch diese Redensarten der Demokraten zu bekannt, um irgend einen vernünftigen Menschen irrezuführen; in Wirklichkeit ist es zweifellos die bessere Einsicht der Mehrzahl der Wähler

und der Überdruß an den schwindelhaften Vorspiegelungen der Demokraten, welche den Sieg der Ordnungsparteien bewirkt haben.

Die Regierung wird mit der neu gewählten Kammer in der Lage sein, den seither kundgegebenen Absichten der Volkspartei, eine weitgehende Verfassungsänderung herbeizuführen, mit Erfolg entgegenzutreten; insbesondere ist zu hoffen, daß die angestrebte Verdrängung der sogenannten Privilegirten aus der zweiten Kammer einer neuen, vorurteilslosen, von keiner Konnivenz gegen Parteitendenzen beeinflussten Erörterung unterzogen werde. Die „Beseitigung der Geburts- und Amtsprivilegien aus der zweiten Kammer“ ist neuerdings zu einem Schlagworte geworden, dessen Berechtigung selbst von einem Teile der gemäßigten Parteien nicht mehr angezweifelt wurde; die Frage dürfte sich aber jetzt, nachdem die Wahlen eine so auffallende Desavouirung derjenigen Partei ergeben haben, welche hauptsächlich mit diesem Schlagworte kämpft, doch zur unbefangenen Prüfung empfehlen: welche triftigen Gründe liegen vor, die Vertreter des ritterschaftlichen Adels, der Geistlichkeit und der Universität aus der zweiten Kammer zu entfernen, und welchen Nutzen erwartet man von der Beseitigung dieser Elemente für die vernünftige und stetige Leitung des Staates? Daß der demokratischen Partei alles daran gelegen ist, die intelligenten und besonnenen Kräfte aus der Landesvertretung hinauszudrängen und statt derselben möglichst viele angeblich unabhängige, in Wahrheit aber urteilslose oder den Führern blind ergebene Leute hineinzubringen, um mit deren Hilfe ihre verderblichen Pläne durchzusetzen, ist ja sehr natürlich; nicht zu verstehen aber ist die Laune, mit welcher die Ordnungsparteien diesen Versuchen gegenüberstehen. Die letztern haben die dringendste Veranlassung, im Interesse einer gedeihlichen Fortführung des Staatswesens die staatserkhaltenden Elemente in der Volksvertretung zu bewahren und zu stärken, an den bewährten und berechtigten Einrichtungen festzuhalten und den Angriffen auf dieselben seitens einer Partei, welche ihre im Endziele auf nichts andres als auf Vernichtung der bestehenden Staatsverfassung gerichteten Bestrebungen in ihrer ganzen Nacktheit zu proklamiren nur aus Opportunitätsgründen zur Zeit sich verhindert sieht, mit ganz andrer Entschiedenheit als bisher entgegenzutreten.

